

Ein Vorschlag zur Schaffung ständiger Volksberatungsstellen.

Unter dieser Aufschrift bringt Herr Universitätsprofessor Dr. Robert Stigler im „Neuen Wiener Tagblatt“ kürzlich in dankenswerter Weise die Besprechung außerordentlich wichtiger Erscheinungen des Staatslebens, Kritik und positive Vorschläge, wie sie in gleich offener Sprache über diesen Gegenstand bisher kaum erfolgten, wenn auch sehr verwandte Anschauungen in manchen Kreisen schon seit geraumer Zeit Behandlung fanden. Im Sinne dieser Anregung und im allgemeinen Interesse wird es offenbar gelegen sein, wenn dem Schlußsatz des genannten Artikels, über diesen Gegenstand einen Gedankenaustausch zu pflegen, möglichst inbzw. Folge geleistet wird, und zwar besonders aus jenen Kreisen heraus, die hier

apostrophiert sind, wobei sich unsere Tagespresse ein nicht zu unterschätzendes Verdienst erwerben wird, wenn sie dieser Aussprache ihre Spalten zur Verfügung stellt.

Es wird als unbestreitbare Tatsache gelten müssen, daß das Interesse des Staates, also der Gemeinsamkeit aller seiner Angehörigen und somit jedes einzelnen, durch kein Mittel mehr gefördert werden kann als dadurch, daß jeder einzelne an allen öffentlichen Fragen und Angelegenheiten möglichst regen Anteil nimmt, ein Umstand, der durch keine andre Maßnahme so sicher herbeigeführt werden kann als dadurch, jedem die Möglichkeit und Gelegenheit zu geben, mitzuberaten, mitzuarbeiten und zu sorgen. Rechte geben Pflichten, erhöhen das Verantwortungsgefühl und heben das Selbstbewußtsein; auf die Allgemeinheit ausgedehnt, werden sie das ganze Volk zu heben, zu kräftigen vermögen und eine Arbeitsleistung fördern, wie sie eben nur ein starkes Volk hervorzubringen vermag. Jeder Staatsbürger ist verpflichtet, dem Staat sein Bestes zu geben, nicht nur Gut und

Blut in jeder Form, sondern auch die besten Produkte seiner Geistesarbeit in der Richtung auf das allgemeine Wohl. Dieser letzten Pflicht sich zu entledigen aber war — besonders in dieser schweren Zeit, zum großen Leidwesen gar mancher, die ein stärkeres Pflichtbewußtsein und Verantwortungsgefühl beizubringen — allerdings so gut wie unmöglich. Nur bei den verschiedenen Wahlen, die nach jahrelangen Perioden erfolgen, darf die Betätigung an öffentlichen Interesse erfolgen, aber nur im Ausmaß, das der Stimmzettel gewährt, mehr nicht. Der Gewählte, trotz allgemeiner Wahlrechtes und geheimer Abstimmung doch nur der durch tüchtige Wahlarbeit einer kleinen politischen Gruppe über die Köpfe der gedanken- und interesselosen Masse aufs Schild gehobene, kann nicht jenen Kontakt mit dem einzelnen haben und hat ihn nach erfolgter Wahl noch weniger — wieviel Abgeordnete kommen doch auf eine Million Einwohner? —, daß durch ihn eine solche Vertretung möglich wird, die von einer Mitarbeit der Wähler zu sprechen erlaubt, die auch nur die Interessen des einzelnen Standes, der Berufs- und Volksgruppen ermöglichen, die Kritik und Anregung der einzelnen Kreise bearbeiten und vertreten könnte. Außerdem ist der Neugewählte ja auf dem Gebiet, das sich nun als sein neues Arbeitsfeld eröffnet, nicht mehr Sachmann als so viele seiner Mitbürger, er steht so vielen Problemen, so vielen Fragen, welche zur öffentlichen Bearbeitung gelangen, speziell solchen, die sich mehr weniger als reine Sachfragen erweisen, als Late gegenüber, und rasch eingeholte Informationen vermögen da nicht, schwer erlangte Erfahrungsergebnisse zu ersetzen — ja er kann oft in Angelegenheiten, die seinen eigenen bürgerlichen Beruf betreffen, nicht mit seinen eigenen Erfahrungen ohne Beratungen mit andern Sachgenossen auskommen.

Aus den angeführten Gründen eben stellt es sich immer mehr als eine bringende und höchstnötige Sache heraus, möglichst weite Kreise aller Bevölkerungs-, aller Gesellschaftsschichten zur Betätigung am Staatsleben heranzuziehen, und am wenigsten zu missen werden hierbei jene Männer sein, die, reich an Wissen und Pflichtgefühl, der Allgemeinheit etwas zu geben haben, sich bisher aus Bescheidenheit dem öffentlichen Leben entziehen mußten, und deren Zahl ist nicht klein.

Besonders in den jetzigen Zeiten der Bedrängnis, da jeder gute Gedanke eine Kostbarkeit, ein unermesslicher Schatz für alle sein kann, muß auch mit der Denkarbeit haushalten werden. Die herrschenden Einrichtungen, Verhältnisse und Vorkommnisse lösen die Kritik von Millionen aus, darunter gewiß auch einer großen Zahl solcher, die zur Beurteilung befähigt sind, aber auch imstande wären, an Stelle des Bestehenden Besseres zu setzen. Alle diese Kritik und eventuelle Vorschläge bleiben negative, verlorne Arbeit, vielfach vergeudete Kraft und verunkelnde Möglichkeiten, zu helfen, Wandel in der Richtung einer Verbesserung zu schaffen. Wäre eine Stelle da, an welche Kritik und Vorschläge schriftlich von jedermann gerichtet werden könnten, eine Stelle, welche dieses einlaufende Material sammelt und entsprechend sachkundigen Experten zur Überprüfung und eventuellen Bearbeitung überweist, so gewonnene brauchbare Resultate

1/X. 1914

81